

PRÄSIDENTENWECHSEL

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn ist neuer ifo Präsident 3

REFORMEN FÜR DEUTSCHLAND

Ideen eines Ökonomen 5

WIRTSCHAFTSLAGE UND ARBEITSMARKT

Haushaltseinkommen in Sachsen:
Ergebnisse des Mikrozensus für 1997 17

Der sächsische Arbeitsmarkt im Februar 1999 20

INNOVATIONEN UND INVESTITIONEN

Sächsische Industrie hält Schritt im
Innovationsprozeß 24

Investitionen des ostdeutschen
verarbeitenden Gewerbes 1998 und 1999:
Zwei Stufen der „Normalisierung“ 34

AUSSENWIRTSCHAFT

Erfüllt Tschechien die EU-Beitrittskriterien? 43

KONJUNKTURBERICHT SACHSEN

Industrie:
Kapazitätsauslastung gesunken 50

Bauwirtschaft:
Auftragsbestände sinken 52

AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN

Das Bruttoinlandsprodukt 1998 56

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen
im Inland nach Wirtschaftsbereichen 56

Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach
Wirtschaftsbereichen 57

AUS DER ifo WERKSTATT

ifo Veröffentlichungen 58

ifo Vorträge 58

ifo Veranstaltungen 59

IMPRESSUM

ifo Dresden berichtet ISSN 0945-9522
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Niederlassung Dresden, Hermann-Prell-Straße 6, 01324 Dresden,
Telefon (03 51) 26 47 60, Telefax (03 51) 2 64 76 20.
E-Mail: ifodresden@compuserve.com
Internet: <http://www.ifo.de/ifodd/ifodd.htm>
Redaktion: Prof. Dr. Max Eli, Dr. Barbara Schaden (Stellv.)
Vertrieb: ifo Institut, Dresden
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Bezugspreis jährlich: 50,- DM; für Teilnehmer an regelmäßigen
ifo Erhebungen oder ifo Umfragen: 30,- DM;
Preis des Einzelheftes: 10,- DM
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zuzügl. Versandkosten
Satz und Druck: Union Druckerei Dresden GmbH
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Ideen eines Ökonomen¹

Ich werde mir erlauben, Ihnen die Ideen und Vorschläge eines akademischen Ökonomen zu präsentieren. Vielleicht ist nicht alles wirklich ausgegoren, und vielleicht sollte ich noch einige Jahre länger darüber forschen, bevor ich mich in der Öffentlichkeit äußere. Aber andererseits beteiligen sich an der öffentlichen Diskussion so viele Laien, die zwar nicht über die einfachsten volkswirtschaftlichen Grundkenntnisse verfügen, aber genau wissen, welche Argumente zu ihrer Interessenlage passen, daß auch ich es wage, Stellung zu nehmen.

Ich werde Ihnen ein Reformprogramm vorstellen, das Deutschland wieder zukunftsfähig macht. Das Programm kann helfen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, und es beschreibt strukturelle Verbesserungen, die eine neue Phase des wirtschaftlichen Wachstums einleiten können. Ich werde kein Plädoyer für die Verschiebung der Verteilungsrelationen zu Lasten der Arbeitnehmer oder den Abbau des Sozialstaates halten. Es geht mir vielmehr um Maßnahmen, die im Konsens der gesellschaftlichen Gruppen beschlossen werden können, weil sie Wege zur allgemeinen Verbesserung der Effizienz des deutschen Wirtschaftssystems eröffnen. Ich hoffe sehr, daß diejenigen, die derzeit am Bündnis für Arbeit stricken, die eine oder andere Anregung aus meinem Vortrag mitnehmen können.

Massenarbeitslosigkeit

Lassen Sie mich zunächst über die Arbeitslosigkeit selbst sprechen. Arbeitslosigkeit bedeutet einen Verlust an Sozialprodukt und ist ein sozialer Sprengsatz, der, wenn er einmal zündet, größten Schaden anrichten kann. Wir zählen heute über vier Millionen Arbeitslose in Deutschland, und viele Arbeitslose zählen wir gar nicht, weil sie in der Frühverrentung, in ABM-Maßnahmen oder in der Sozialhilfe versteckt sind. Das muß ich ja gerade hier in Magdeburg nicht weiter erläutern.

Bezüglich der Ursachen der Arbeitslosigkeit gibt es eine Menge falscher Vorstellungen. Besonders populär ist die These, sie sei keynesianischer Natur und liege in einem Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage begründet, den man nur durch eine Stärkung der Massenkaukraft überwinden könne. Lohnerhöhungen zur Stärkung dieser Kaufkraft seien das Gebot der Stunde. Flankierend, offenbar weil man sich der These doch nicht so sicher ist, wird dann häufig auch noch eine Frühverrentung, eine Vermehrung der Teilzeitbeschäftigung, ein Überstundenabbau und ähnliches empfohlen, um die angeblich in fester Größe vorhandene Arbeitsmenge gerechter zu verteilen.

Ganz abgesehen davon, daß die OECD gerade festgestellt hat, daß die deutsche Arbeitslosigkeit zu 85 % struktureller, und nur zu 15 % keynesianischer Natur ist, halte ich die These von der fehlenden Nachfrage für abwegig. Deutschland hat wegen der deutschen Vereinigung in den letzten Jahren das größte Konjunkturprogramm aller Zeiten realisiert. Seit 1989 sind für 1.300 Milliarden DM kreditfinanzierte Ausgabenprogramme finanziert worden, wovon über 1.000 Milliarden DM in die neuen Bundesländer geflossen sind. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit hüben wie drüben laufend gestiegen. Der Trend der wachsenden Arbeitslosigkeit ist seit den siebziger Jahren ungebrochen. Wenn die Arbeitslosigkeit wirklich auf einen Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage zurückzuführen wäre, dann hätte es in den neunziger Jahren, als das staatliche Geld nur so floß, ein Beschäftigungswunder geben müssen.

Besonders abwegig ist auch die Vorstellung, durch Lohnerhöhungen ließe sich die Beschäftigung steigern, indem die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestärkt wird. Es ist nicht klar, ob Lohnerhöhungen tatsächlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen. Lohnerhöhungen erhöhen die Kaufkraft der Arbeitnehmer, aber natürlich senken sie im selben

¹ Auszug einer Rede, die Prof. Dr. Hans-Werner Sinn am 14. Januar 1999 aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg gehalten hat.

Maße die Kaufkraft der Unternehmen. Auch wenn Lohnerhöhungen die Konsumgüternachfrage beflügeln, so werden sie doch die Investitionsgüternachfrage der Unternehmen dämpfen, und die ist mindestens so wichtig wie die Konsumgüternachfrage. Selbst wenn es in Deutschland einen Nachfragemangel gäbe, so ließe sich immer noch nicht behaupten, daß die Konsumgüternachfrage für den Arbeitsmarkt wichtiger als die Investitionsgüternachfrage ist. Eher das Gegenteil ist nämlich der Fall. Einerseits sind auch aus keynesianischer Sicht die Investitionen die Cycle Makers, die man zuerst ankurbeln sollte, und andererseits ist die Arbeitsintensität der Produktion in der Investitionsgüterindustrie höher als in der Konsumgüterindustrie. Wenn sich durch Nachfrage Jobs schaffen lassen, dann in allererster Linie durch die Belebung der Investitionsgüternachfrage.

Im übrigen, und das ist der entscheidende Punkt, muß man bedenken, daß Lohnerhöhungen die Arbeitsplätze für die Unternehmen verteuern und Anlaß geben, sie wegzurationalisieren, ins Ausland zu verlagern, ersatzlos zu streichen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Dies ist ein struktureller, angebotsbezogener Aspekt, der mit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nur insofern zu tun hat, als der Wegfall von Arbeitsplätzen die Wertschöpfung und mit ihr die hieraus finanzierte Nachfrage senkt. Die Wirtschaft der neuen Bundesländer kann ein Klageglied von den Wirkungen hoher Löhne singen. Mit Löhnen, die zur europäischen Spitzengruppe gehören, hat man hier den Aufschwung brutal abgewürgt. Investoren machen einen weiten Bogen um die neuen Länder und gehen gleich ein paar Kilometer weiter nach Polen, Tschechien oder Westungarn, der zur Zeit am schnellsten wachsenden Region Europas. Und wenn doch einmal signifikante Investitionen stattfinden, dann sind sie so extrem arbeitsplatzsparend ausgestaltet, daß der Arbeitsmarkt davon kaum eine Entlastung erfährt. Das Opel-Werk in Eisenach ist, wie man gerne hervorhebt, das modernste in Europa. Ja, in der Tat, es beschäftigt relativ zur Zahl der produzierten Autos die wenigsten Arbeitnehmer! Die Hochlohnpolitik schafft Werkhallen für Roboter, aber nicht für Menschen.

lohnkosten in der Welt. Die US-Lohnkosten liegen bei etwa $\frac{2}{3}$ der deutschen Lohnkosten, und auch in Europa gibt es kaum irgendwelche Parallelen. Selbst die skandinavischen Länder erreichen Deutschland nicht. Die norwegischen und schwedischen Lohnkosten pro Stunde liegen um ein Fünftel unter den deutschen. Von 1982 bis 1997 sind die realen Stundenlohnkosten in Deutschland um etwa 35 % gestiegen. In den USA sind sie in der gleichen Zeitspanne leicht gefallen, und in den Niederlanden wuchsen sie nur um 15 %. Es ist wirklich kein Wunder, daß in Deutschland so viele Jobs fehlen. Die Arbeit ist schlichtweg zu teuer. Man mag dem entgegenhalten, daß die deutschen Lohnstückkosten nicht höher als anderswo seien und daß die deutsche Handelsbilanz einen Überschuß aufweise, was doch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit beweise. Beides passe nicht zu der These, daß die hohen Löhne an der Arbeitslosigkeit schuld seien. Leider sind beide Gegenargumente falsch.

Der Hinweis auf die Handelsbilanz ist irreführend, weil eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes sich nicht in der Entstehung eines Handelsbilanzüberschusses äußert. Wenn Deutschland wettbewerbsfähiger wird, steigt wohl der Export von Waren und Dienstleistungen an das Ausland, aber es steigen auch die inländischen Einkommen, denn schließlich verdient man ja Geld mit den Exporten. Aus den zusätzlichen Einkommen kann ein zusätzlicher Import ausländischer Waren in gleicher Höhe finanziert werden. Zu einer Verbesserung der Handelsbilanz kommt es also nicht, und insofern läßt sich der vorhandene Handelsbilanzüberschuß auch nicht als Zeichen einer hohen Wettbewerbsfähigkeit interpretieren.

Auch der Hinweis auf die Lohnstückkosten ist irreführend. Die Lohnstückkosten sind als Quotient aus Lohnkosten pro Zeiteinheit und Arbeitsproduktivität definiert. Wenn die Lohnstückkosten trotz der hohen Stundenlöhne nicht höher als anderswo sind, so kann dies nur an der hohen Arbeitsproduktivität in Deutschland liegen. In der Tat ist die Arbeitsproduktivität hoch. Die Frage ist nur, warum das so ist. Sicherlich liegt der Grund nicht nur beim technischen Fortschritt, den es unzweifelhaft gab, sondern vor allem

auch bei den Löhnen selbst. Hohe Löhne zwingen die Firmen zu Rationalisierungsinvestitionen, also zum Ersatz des Produktionsfaktors Arbeit durch den Produktionsfaktor Kapital. Auch führen sie zur Schrumpfung arbeitsintensiver Branchen wie der Textilindustrie oder des Dienstleistungsgewerbes. Beides zusammen erhöht die durchschnittliche Arbeitsproduktivität und senkt deshalb die Lohnstückkosten.

Deutschland hat in den letzten zwanzig Jahren eine im internationalen Vergleich sehr hohe Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität gehabt. Darauf haben auch Ökonomen nicht ohne Stolz verwiesen. In Wahrheit ist die hohe Wachstumsrate aber kein Grund, stolz zu sein, denn ein Anstieg der Arbeitsproduktivität, der zu einer Entlassung von Menschen in die Arbeitslosigkeit führt, ist ganz und gar unnützlich. Die allzu rasche Lohnentwicklung hat eine übermäßige Zunahme der Kapitalintensität der Produktion und ein übermäßiges Wachstum der Arbeitsproduktivität zur Folge gehabt, das nur das Spiegelbild der zunehmenden Arbeitslosigkeit war.

Es wäre völlig verfehlt, die durch Lohnerhöhungen induzierte Zunahme der Arbeitsproduktivität als Anlaß zur Entwarnung beim Lohnproblem zu sehen, denn sie ist ja gerade die Ursache der Massenarbeitslosigkeit. Ob die Löhne in einem Land zu hoch sind oder nicht, kann man prinzipiell nicht an den Lohnstückkosten erkennen, sondern nur am Ausmaß der Arbeitslosigkeit selbst. Arbeitslosigkeit heißt, daß es ein Überangebot am Markt für die Ware Arbeitskraft gibt. Wenn ein Überangebot vorliegt, ist der Preis zu hoch.

Daraus folgt nicht, daß sich der heute vorliegende Preis der Arbeit nicht rechtfertigen ließe, wenn andere Wettbewerbsverhältnisse vorlägen, wenn der Euro nicht käme und wenn der Fall des Eisernen Vorhangs keine Niedriglohnkonkurrenz vor Deutschlands Haustür etabliert hätte. Auch kann nicht in Abrede gestellt werden, daß weiterer technologischer Fortschritt bei gegebenem Lohnsatz die Arbeitslosigkeit beseitigen könnte. Nur: was auch immer die anderen Einflußgrößen sind, die die Arbeitslosigkeit erklären, der Lohnsatz sollte immer so hoch gewählt sein, daß keine Arbeitslosigkeit entsteht. Alles andere ist volkswirtschaftlicher Unsinn, der teuer zu bezahlen ist.

Deswegen liegen die wichtigsten Maßnahmen, die Deutschland zukunftsfähig machen können, im Bereich der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Mit diesem Thema beginnen deshalb meine Reformvorschläge.

Betriebliche Öffnungsklauseln

Im großen und ganzen hat die Tarifautonomie in Deutschland gut funktioniert. Dem Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften und Unternehmerverbände ist es zu verdanken, daß sich die Streiktätigkeit im internationalen Vergleich in engen Grenzen hielt. Dennoch gibt es einen erheblichen Reformbedarf beim Flächentarifvertrag. Der bislang übliche Flächentarifvertrag sieht für alle Firmen innerhalb eines Tarifgebietes einheitliche Löhne vor. Da aber liegt ein Problem, denn Löhne, die für die meisten Betriebe akzeptabel sind, können für die Grenzbetriebe, die am Rande ihrer Rentabilitätsschwelle operieren, zu hoch sein. Öffnungsklauseln, wie sie mehr und mehr in den Tarifverträgen vereinbart werden, können helfen, das Problem zu mildern, denn in vielen Fällen ziehen es die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den schwächeren Betrieben vor, niedrigere Löhne zu vereinbaren, um das Überleben dieser Betriebe zu sichern.

Das gilt insbesondere für die neuen Bundesländer, wo ja die Löhne besonders aus dem Ruder gelaufen sind. 1989 lag der ostdeutsche Stundenlohn in D-Mark gerechnet bei sieben Prozent des Westlohnes, in Konsumgütereinheiten gerechnet lag er bei etwa 30 %. Heute liegt er nach beiden Maßstäben im Bereich von 70 bis 80 %. Die exorbitante Lohnerhöhung war zu einem Teil das Resultat der Währungsumstellung und insofern wohl unvermeidbar. Zu einem anderen Teil ist sie aber auf die Stellvertreter-Lohnverhandlungen zurückzuführen, die westdeutsche Arbeitgeber und westdeutsche Gewerkschaften im Frühjahr des Jahres 1991 im Namen der Landsleute in den neuen Bundesländern führten. Bei diesen Lohnverhandlungen war die oberste Devise, die westdeutschen Firmen vor der Gefahr einer Niedriglohnkonkurrenz seitens der neuen Länder zu schützen. Der Schutz war wirksam. Drei Millionen Arbeitsplätze gingen im Osten ersatzlos verloren. Besonders radikal

war der Kahlschlag im Bereich der verarbeitenden Industrie. Dort sind bis heute 70 % der ehemals vorhandenen Arbeitsplätze verschwunden.

Die katastrophale Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, die weitsichtige Beobachter wie Treuhandchef Rohwedder und Bundesbankpräsident Pöhl schon im Frühjahr 1991 vorausgesehen hatten, verlangt eine radikale Kehrtwende in der Tarifpolitik. Betriebliche Öffnungsklauseln sind dabei ein wesentliches Element.

Es muß erstaunen, daß gerade die Gewerkschaften gegenüber solchen Klauseln skeptisch eingestellt sind, denn im Gegensatz zu einer gängigen Vermutung profitiert die Arbeitnehmerschaft von ihnen. Kurzfristig, bei gegebenem Tariflohniveau, bewirkt die Öffnung den Erhalt von Arbeitsplätzen, die sonst verschwunden wären, und erhöht somit die Lohnsumme. Langfristig, wenn die Möglichkeit einer Neuverhandlung der Tariflöhne mit einbezogen wird, verstärkt sich der für die Arbeitnehmer positive Effekt nur noch. Die Gewerkschaften müssen ihre Lohnpolitik nämlich nicht mehr wie bislang an den schwächsten Betrieben ausrichten, sondern können sich an dem orientieren, was die jeweils besten Betriebe verkraften können. Die anderen Betriebe können dann ja von den Öffnungsklauseln Gebrauch machen und niedrige Löhne vereinbaren. Die Öffnungsklauseln bieten den Gewerkschaften die Möglichkeit, sich wie preisdifferenzierende Monopolisten zu verhalten, von denen man weiß, daß sie zu Lasten ihrer Vertragspartner besonders hohe Vorteile herausholen können. Wenn eine Seite der Tarifparteien gegen die Öffnungsklauseln sein sollte, so wohl eher die Unternehmer als die Arbeitnehmer. Die öffentlichen Stellungnahmen der Tarifparteien zu dem Thema werden dem wahren Sachverhalt nicht gerecht. Offenbar verfügen beide Parteien über keine Ökonomen, die sie über die Implikationen alternativer Tarifmodelle aufgeklärt haben.

Aber wie dem auch sei: die Lohndifferenzierung, wie sie durch die Öffnungsklauseln bewirkt wird, kann zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, die sonst nicht rentabel gewesen wären. Daß sie mit einer Verschiebung der Verteilungsrelationen zu Lasten der Unter-

nehmen zu Gunsten der Arbeitnehmer einhergeht, ändert nichts daran, daß sie die für alle zusammen verfügbare Verteilungsmasse vergrößern wird. Die Öffnungsklauseln sollten sicherlich Teil des Bündnisses für Arbeit werden.

Reform der Sozialhilfe

Eine Lohndifferenzierung ist das Gebot der Stunde. Aber es geht nicht nur um eine Lohndifferenzierung zwischen den Betrieben, sondern auch um eine solche Differenzierung zwischen den Arbeitnehmern. Das hohe Maß an Arbeitslosigkeit am unteren Ende der Lohnskala zeigt, daß insbesondere die einfache Arbeit in Deutschland zu teuer bezahlt wird. Wenn das Dienstleistungsgewerbe unterentwickelt ist, die Schwarzarbeit um sich greift und die Heimwerkmärkte wie Pilze aus dem Boden schießen, so zeigt das nur, wieviel legale Marktbeschäftigung durch die hohen Lohnkosten für einfache Arbeit verhindert wird.

Die Gewerkschaften haben über Jahrzehnte hinweg eine Politik der Nivellierung der Lohnunterschiede betrieben, indem sie statt prozentualer Lohnerhöhungen die Lohnaufstockung um feste Sockelbeträge durchgesetzt haben. Denjenigen, denen sie damit helfen wollten, haben sie in Wahrheit geschadet. Statt hoher Löhne haben sie allzu vielen die Arbeitslosigkeit beschert. Im Vergleich mit den USA wird das Problem besonders deutlich. Während in Deutschland der unterste Tariflohn bei etwa 70 % des Median-Lohnes (also des Durchschnittslohnes) liegt, werden in den USA am unteren Ende der Lohnskala nur knapp 30 % gezahlt. Nicht nur absolut, sondern auch gemessen am jeweiligen Durchschnittslohn ist die einfache Arbeit in Deutschland viel zu teuer.

Der Hauptgrund für die geringe Spreizung der deutschen Löhne liegt in der Konstruktion der deutschen Sozialhilfe. Eine fünfköpfige Familie erhält pro Jahr in Deutschland etwa 30.000 DM Sozialhilfe, wenn kein Arbeitseinkommen vorhanden ist. Wenn sich jemand in der Familie entschließt zu arbeiten, so wird die Sozialhilfe in weiten Bereichen eins zu eins im Ausmaß des erzielten Lohneinkommens gekürzt. Es ist gerade so, als würde der Staat das erzielte Arbeitseinkommen mit einer marginalen Steuer von 100 %

belasten. Dumm ist, wer unter diesen Verhältnissen einer regulären Arbeit nachgeht. Das Lohneinkommen muß schon sehr hoch sein, um den Verlust an Sozialhilfe wettzumachen. Dies genau ist das Problem. Die Sozialhilfe ist eine Subvention für die Untätigkeit, die man verliert, sobald man eine Tätigkeit aufnimmt. Sie schafft einen massiven Anreiz, untätig zu bleiben, und erzeugt eine faktische Lohnuntergrenze im Tarifsysteem, die ganz maßgeblich für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich ist.

Es ist besser, statt der Untätigkeit die Tätigkeit zu subventionieren. Die jetzige Sozialhilfe sollte auf den Fall einer echten Arbeitsunfähigkeit aus medizinischen und unabweisbaren sozialen Gründen beschränkt werden, und die Auszahlung der neuen Sozialhilfe sollte von der Aufnahme einer Marktbeschäftigung abhängig gemacht werden. Wer arbeiten kann, aber nicht will, aus welchen Gründen auch immer das der Fall ist, der sollte spürbare Einkommenseinbußen in Kauf nehmen müssen. Doch wer arbeitet, der sollte vom Staat Geld hinzubekommen. Wichtig ist, daß für diejenigen, die arbeiten können, ein starker Anreiz erzeugt wird, sich am Arbeitsmarkt anzubieten, denn dies wird die Löhne senken und auf diese Weise mehr Arbeitsplätze schaffen. Für die Unternehmen wird es bei niedrigeren Löhnen rentabel, neue Leute einzustellen, mehr zu produzieren und so im Umfang der zusätzlichen Einkommen, die erwirtschaftet werden, auch mehr Nachfrage zu erzeugen. Die Sozialhilfesätze für die Arbeit und die Nichtarbeit müssen bei dieser Reform so austariert werden, daß für den Staat keine neuen Belastungen entstehen. Ich bin überzeugt, daß diese Politik im Bereich der einfachen Arbeit ein Beschäftigungswunder schaffen kann. Statt der Heimwerkermärkte werden neue Dienstleistungsunternehmen entstehen, arbeitsintensiv organisierte Unternehmen werden expandieren, und überall werden die Jobs wie die Pilze aus dem Boden schießen. Auch in den privaten Haushalten kann auf diese Weise Beschäftigung geschaffen werden. Wer würde bei einem Lohn von, sagen wir 8 DM, nicht gerne jemanden einstellen, der ihm bei der Hausarbeit hilft und all die kleinen Reparaturen durchführt, die sich angesammelt haben? Und wer unter den arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern würde es nicht vorziehen, für 8 DM Bruttolohn in

der Stunde zu arbeiten, wenn er andernfalls darben müßte und wenn dieser Lohn durch eine substantielle Sozialhilfe auf ein Niveau oberhalb der jetzigen Sozialhilfesätze aufgebessert wird?

Die Reform wäre eine wirkliche Effizienzverbesserung, die allen Beteiligten dient. Insbesondere den Menschen am unteren Ende der Einkommenskala würde sie helfen, denn diese Menschen könnten in der Summe aus Sozialhilfe und Arbeitslohn insgesamt mehr Einkommen erhalten, als das derzeit der Fall ist. Ich halte es nicht für richtig, eine allgemeine Beschäftigungssubvention in Abhängigkeit von der Höhe eines früheren Einkommens zu zahlen, wie das mit dem Kombi-Lohn beabsichtigt war. Die Kosten eines solchen Systems wären nicht zu beherrschen. Vielmehr sollte die neue Sozialhilfe wirklich auf das unterste Einkommenssegment im jetzigen Sozialhilfebereich beschränkt sein. Man könnte geneigt sein, dem Vorschlag entgegenzuhalten, daß er Mitnahmeeffekte hervorruft, doch ein solcher Einwand ginge an der Sache vorbei. Die Mitnahmeeffekte sind ja gewollt und erwünscht. In der Tat müssen alle Menschen, die nur zu einem Lohn, der unter den jetzigen Sozialhilfesätzen liegt, Beschäftigung finden können, vom Staat unterstützt werden, wenn man den sozialen Zielsetzungen unserer Gesellschaft gerecht werden möchte.

Man sage nicht, daß eine solche Reform nicht machbar sei. Dänemark und Holland sind diesen Weg schon ein Stück weit gegangen und haben große Erfolge erzielt. Aus Holland stammt der treffende und auch schon von Minister Hombach aufgegriffene Hinweis auf das Trampolin. Derzeit bietet der deutsche Sozialstaat eine bequeme Hängematte. Die Holländer argumentieren, daß man diese Hängematte zu einem Trampolin umbauen muß, damit die Arbeitslosen wieder in die Beschäftigung katapultiert werden. Damit haben sie recht.

Sparlohn statt Barlohn

Die Reform der Sozialhilfe ist ein sinnvoller Weg zur Überwindung der Blockade auf dem Arbeitsmarkt. Sie hilft insbesondere im Bereich der einfachen Arbeit. Ein ergänzender Weg, der auch bei höher qualifizierter Arbeit eine Belebung des Arbeitsmarktes ver-

spricht, liegt in der Kombination zwischen einer Lohnzurückhaltung und der Ausgabe von Beteiligungsrechten an die Unternehmen.

Es kann dabei nicht um Investiv- oder Beteiligungslöhne im herkömmlichen Sinne gehen. Wenn Unternehmen ihre Anteilseigner mit Anteilsscheinen statt mit Geld bezahlen, wird die Arbeit nicht billiger, und es entsteht auch kein Anreiz, mehr Menschen zu beschäftigen. Nur die Liquiditätslage der Unternehmen verbessert sich.

Große Beschäftigungserfolge lassen sich nur dann erwarten, wenn der Investivlohn zu einer abermaligen Differenzierung der Löhne verwendet wird, und zwar diesmal zwischen den Insidern, die bereits heute einen Job haben, und den Outsidern, die bei der alten Tarifpolitik hoffnungslos vor den Werktoeren stehenbleiben müßten. Konkret sollte versucht werden, ein Beteiligungsmodell zu verwenden, wie es zum Beispiel vor einigen Jahren von der Fluggesellschaft United Airlines eingeführt wurde. Wenn dieses Modell im großen Stil in Deutschland kopiert wird, ist es in der Tat geeignet, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Es ist nützlich, sich dieses Modell von United Airlines nochmals vor Augen zu führen. United Airlines steckte vor einigen Jahren in einer großen Krise. Der Konkurs schien nahe, und das Unternehmen schrieb rote Zahlen. In Übereinstimmung mit der Belegschaft und den Anteilseignern fand das Management eine Lösung, die für alle Parteien eine deutliche Verbesserung darstellte. Aus Rücklagen wurden Aktien vom Markt zurückgekauft und den Beschäftigten im Austausch gegen eine Lohnsenkung angeboten. Die Beteiligung war freiwillig. Wer mitmachte, mußte eine Lohnsenkung von im Schnitt 8 % akzeptieren, die für fünf Jahre aufrecht erhalten wurde. Bei den Piloten wurden die Gehälter gar um 15 % reduziert. Im Austausch erhielten die Teilnehmer Aktien im Umfang des Barwertes des so akzeptierten Lohnverzichts. 55.000 Arbeitnehmer haben sich auf diese Weise an ihrem Unternehmen beteiligt, und Aktien im Wertumfang von etwa 4 Mrd. Dollar wurden übertragen. Neu eingestellte Arbeitnehmer wurden an dem Deal nicht beteiligt und mußten sich mit den niedrigen Löhnen, die auf diese Weise ausgehandelt worden waren,

begnügen. Das Modell war sehr erfolgreich. United Airlines schrieb sofort wieder schwarze Zahlen und wurde kreditwürdig. Dank der niedrigen Löhne erwies es sich als rentabel, die Belegschaft zu erweitern und die Geschäftstätigkeit auszudehnen. Die Beschäftigung stieg innerhalb weniger Jahre um etwa ein Viertel. Auch die Gewinne stiegen. Sie wuchsen um mehr als den Lohnverzicht, und die Aktienkurse wuchsen mit ihnen. Die bislang schon beschäftigten Arbeitnehmer erzielten Kursgewinne, die den Lohnverzicht überstiegen, und die Altaktionäre konnten sich ebenfalls eines erheblichen Nettovermögensgewinns erfreuen.

Das Erfolgsgeheimnis bei diesem Modell ist die implizite Lohndifferenzierung zwischen Insidern und Outsidern. Den Insidern, also den bereits im Unternehmen Beschäftigten, wird eine Lohnsenkung durch Hergabe von Aktien abgekauft, und diese Lohnsenkung ist der Anreiz zur Expansion des Unternehmens. Es ist wichtig, daß die Outsider nicht an den Aktien beteiligt werden. Während sich der Lohn der Insider aus zwei Komponenten zusammensetzt, nämlich dem jetzt niedrigeren Barlohn und den Dividenden oder Zinsen auf die übereigneten Vermögenstitel, erhalten die neu Eingestellten, die bisherigen Outsider, nur den Barlohnbestandteil. Genau nur dieser Umstand macht die Expansion für das Unternehmen rentabel.

Man mag die Nichtbeteiligung der Outsider für ungerecht halten. Zu bedenken ist jedoch, daß ohne die Differenzierung zwischen In- und Outsidern gar keine neuen Jobs entstanden wären. Auch die Outsider werden insofern besser gestellt, als sie ohne die Realisierung des Beteiligungsmodells arbeitslos geblieben wären.

Die deutschen Unternehmen sollten dem Beispiel von United Airlines folgen, und das Bündnis für Arbeit sollte dafür den Weg bereiten. Ein an die deutschen Verhältnisse angepaßtes Modell sollte sich stimmrechtsloser Beteiligungstitel bedienen, um den Unternehmen die Angst vor einer Bevormundung durch die Belegschaft zu nehmen. Auch ist zu erwägen, statt formeller Beteiligungsrechte Genußrechte mit einer niedrigen Festverzinsung und einer zusätzlichen Gewinnbeteiligung auszuteilen.

Was auch immer die Details der Ausgestaltung sind, ein positiver Nebeneffekt des Modells liegt darin, daß immer mehr Menschen zu Vermögensbesitzern werden. In einer Zeit, in der die Lohneinkommen wegen der sich verschärfenden Niedriglohnkonkurrenz aus den peripheren Gegenden Europas und aus anderen Teilen dieser Welt immer mehr unter Druck geraten und die Gewinne sich genau aus diesem Grunde stürmisch entwickeln, kann es nur von Vorteil sein, wenn man den deutschen Arbeitnehmern zusätzlich zum Lohneinkommen zu einem Kapitaleinkommen verhilft. Bei rauher See ist das Kapitaleinkommen ein zweites Standbein, das davor schützt, von der Gischt über Bord gespült zu werden.

Mehr Risikokapitalmärkte

Dies führt mich zu meinem nächsten Thema: der Besserung der Funktionsfähigkeit des deutschen Kapitalmarktes. Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ist die Grundvoraussetzung dafür, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Er sorgt dafür, daß das knappe Kapital bestmöglich unter rivalisierenden Verwendungen aufgeteilt wird, und er ist die Voraussetzung für einen Erfolg im internationalen Standortwettbewerb, von dem die Arbeitsmarktsituation ganz maßgeblich abhängt.

Besonders wichtig sind Risikokapitalmärkte, auf denen sich junge Unternehmer, die nun einmal die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, für innovative und deshalb wagnisbehaftete Projekte Geld beschaffen können. Leider sind die Risikokapitalmärkte in Deutschland unterentwickelt. Das betrifft insbesondere den Aktienmarkt, aber auch den Venture Capital Market, der in den USA zwischen den Investitionsbanken und den Pensionsfonds besteht. Das zur Verwertung neuer Ideen nötige Kapital kann man sich in Deutschland nur schwer beschaffen, wenn man kein Vermögen hat, das den Kreditgebern als Sicherheit dient.

Ein Problem ist insbesondere, daß der deutsche Aktienmarkt völlig unterentwickelt ist. Die temporäre Börsenhäusle des letzten Jahres kann darüber nicht hinwegtäuschen. Unter den mehr als einer halben Million Firmen, die es in Deutschland gibt, befinden sich weniger als 3.000 Aktiengesellschaften, und von die-

sen werden nicht mehr als 700 an der Börse gehandelt. Von den 600 wiederum sind mehrheitlich nur etwa 60 Unternehmen im Streubesitz, was die Voraussetzung dafür wäre, daß man von einer echten Risikodiversifikation im Portfolio der Anteilseigner, wie sie nun einmal das Kennzeichen eines Risikokapitalmarktes ist, reden kann. Von den deutschen Arbeitnehmern sind nur 15 % in AGs beschäftigt, und die Deutschen geben im Durchschnitt mehr für den Bananenkonsument als für den Aktienwerb aus. Das alles sind betrübliche Fakten, die nicht zum Bild einer Gesellschaft passen, in der Otto Normalverbraucher neben seinem Arbeitseinkommen ein substantielles Kapitaleinkommen erwirtschaftet oder in der er seine Rente über Kapitalbesitz sichert.

Die notwendigen Reformen sollten wir in den USA abgucken, denn die wirtschaftliche Stärke dieses Landes ist ganz maßgeblich auf seinen Kapitalmarkt zurückzuführen.

Erstens sollte man das Investment Banking und die Entwicklung eines Marktes für Venture Capital forcieren. Die meisten der bahnbrechenden Innovationen im Bereich der Informations- und Computertechnologien, die in den letzten Jahren von Amerika aus die Weltmärkte erobert haben, wären ohne die amerikanischen Venture Capital Markets gar nicht entstanden. Für die großen Firmen ist ein solcher Markt entbehrlich, aber gerade die in Deutschland so wichtige mittelständische Industrie würde von ihm profitieren. Viele neue Ideen, die bereits in den kleineren Unternehmen entwickelt wurden, könnten dann im großen Stil weltweit vermarktet werden.

Zweitens muß der Börsenzugang erleichtert werden. Mit dem Neuen Markt ist ein wichtiger Schritt getan. Allerdings bedarf es wohl auch einer grundlegenden Reform des Aktienrechts, die die Prospekthaftung der Banken einschränkt und die Bonitätsanforderungen an die neuen Unternehmen zugunsten einer erweiterten Berichtspflicht zurückschraubt. Der leichtere Börsenzugang wird insbesondere auch den Venture Capital Market beleben, weil er hohe Emissionsgewinne verspricht. Die erwarteten Emissionsgewinne sind die treibende Kraft des amerikanischen Innovationsmotors. Auch Deutschland braucht diese Kraft.

Drittens sind Maßnahmen zu ergreifen, um die betrieblichen Pensionskassen in Pensionsfonds nach amerikanischem Muster umzuwandeln. Die Pensionskassen deutscher Prägung binden die zurückgehaltenen Gelder einseitig in dem Betrieb, in dem sie erwirtschaftet wurden. Die Gelder werden damit der Risikokonsolidierungskraft des Kapitalmarktes entzogen und wandern auch nicht immer in die bestmöglichen Verwendungen. Die freie Entscheidung über die Anlage der Pensionsmittel kann die Selektionskräfte des Wettbewerbs aktivieren und wird auf die Dauer zu einer höheren Rendite führen, als sie im deutschen Pensionskassensystem erwirtschaftet werden kann. Dieser Vorschlag steht nicht im Widerspruch zu dem oben unterbreiteten Vorschlag, Lohnsenkungen gegebenenfalls auch durch Pensionsrückstellungen zu erkaufen, denn nichts hindert die Firmen daran, sich durch eine Anlage von Mitteln bei Pensionsfonds für ihre Pensionsverpflichtungen abzusichern.

Überfällige Steuerreform

Großen Reformstau gibt es beim Steuersystem. Bekanntlich hat Deutschland besonders hohe Spitzensteuersätze. Das gilt sowohl für den gewerblichen Bereich, wo sich Gewerbeertragsteuer und Einkommen- oder Körperschaftsteuer ergänzen, als auch für die persönliche Einkommensteuer, bei der, selbst wenn man die Kirchensteuer wegläßt, durch den Solidaritätszuschlag ein Spitzensatz von 57 % erreicht wird. Andererseits eröffnet das deutsche Steuerrecht insbesondere durch die Ausgestaltung der Bewertungs- und Abschreibungsrichtlinien vielfältige Möglichkeiten, Gewinne vor der Steuerbilanz zu verstecken.

Die Kombination aus hohen Steuersätzen und großzügigen Bewertungsregeln erzeugt starke Lenkungseffekte, die die Kapitalallokation in Deutschland verzerren. So sind insbesondere in den neuen Bundesländern viele volkswirtschaftlich unsinnige Investitionsprojekte betriebswirtschaftlich rentabel geworden. Bei typischen industriellen Anlagen wurden die betriebswirtschaftlichen Kapitalkosten durch das Zusammenwirken beider Effekte mit den Subventionen gemäß Fördergebietsgesetz bis auf einen Wert von real minus 5 % gesenkt, und beim Mietwoh-

nungsbau ergab sich immer noch ein Wert von real minus 2 %. Das heißt, daß Investitionsprojekte, die überhaupt keine Erträge bringen, sondern nur Verluste, durch das Steuersystem in die Gewinnzone gehievt wurden. Im Westen sind die Lenkungseffekte nicht ganz so stark ausgeprägt, weil hier restriktivere Abschreibungsregeln gelten und die Subventionen einen geringeren Umfang haben. Doch lassen sich auch hier massive Lenkungseffekte konstatieren, die besonders die Immobilieninvestitionen begünstigen.

In Westdeutschland sind die betriebswirtschaftlichen Kapitalkosten zwar nicht negativ, aber für kreditfinanzierte Investitionsprojekte und solche eigenfinanzierte Projekte, die mit einer verzinslichen Kapitalmarktanlage rivalisieren, liegen sie unterhalb des Marktzinssatzes. Das heißt also, daß Investitionsprojekte, die vor Steuern nicht einmal eine Rendite in Höhe des Kapitalmarktzinsses erwirtschaften, durch das Steuerrecht rentabel gemacht werden. Andererseits liegen die betriebswirtschaftlichen Kapitalkosten bei eigenfinanzierten Investitionen, die mit ausländischen Direktinvestitionen konkurrieren, deutlich über den volkswirtschaftlichen Kosten, was eine Kapitalflucht in andere Länder angeregt hat.

Ein gutes Steuerrecht ist investitionsneutral. Es senkt die betriebswirtschaftlichen Kapitalkosten nicht unter den internationalen Marktzinssatz, und es erhöht sie auch nicht über diesen Zinssatz hinaus. Gemessen an diesem Kriterium ist das deutsche Steuerrecht ein schlechtes Steuerrecht. Eine Reform, die die unerwünschten Lenkungseffekte in der einen wie in der anderen Richtung beseitigt, ist dringend anzuraten.

Die Gesetzesvorhaben, die die neue Bundesregierung auf den Weg bringen möchte, gehen zwar in die richtige Richtung, sie sind aber viel zu zögerlich. Es ist gut, daß die beabsichtigte Reform vielen dubiosen Investitionsprojekten das Wasser abgräbt, aber es ist nicht in Ordnung, daß rentierliche inländische Investitionen, die mit ausländischen Direktinvestitionen konkurrieren, diskriminiert werden. Ob bei der geplanten Steuerreform eine Verbesserung der Kapitalallokation herauskommt, ist fraglich, und sicherlich wird es nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze kommen.

Zur Belebung des Arbeitsmarktes ist es dringend erforderlich, daß die Spitzensätze der Lohn- und Einkommensteuer drastisch gesenkt werden. Deutschland sticht mit seinen hohen Sätzen im internationalen Vergleich als abschreckendes Beispiel hervor. Das können wir uns nicht mehr leisten. Nur eine mutige Reform wird das Vertrauen der Investoren und die Leistungsbereitschaft der Menschen in dem Maße fördern, wie es notwendig ist, um Deutschland zukunftsfähig zu machen. Dabei reicht eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes, die der Bundeskanzler jetzt ja sogar vorziehen will, nicht aus. Auch der Spitzensatz der Einkommensteuer sollte schnellstmöglich auf einen Wert von nicht mehr als 35 % gesenkt werden, um so auch die Wachstumskräfte beim Handwerk und im freiberuflichen Bereich zu stärken.

Fairerweise muß man zugeben, daß die alte Regierung der neuen Regierung durch ihre exzessive Verschuldungspolitik eine schwere Hypothek hinterlassen hat, die Steuerausfälle heute nicht zulassen. Die Staatsschulden lagen 1989 bei 900 Milliarden DM, heute, nur neun Jahre später, betragen sie 2.200 Milliarden DM. Ich habe darauf eingangs im Zusammenhang mit der Nachfragepolitik schon hingewiesen. Helmut Kohls Entscheidung, die deutsche Vereinigung nicht durch Steuern, sondern durch eine ausufernde Staatsschuld zu finanzieren, begrenzt den Handlungsspielraum seines Nachfolgers ganz erheblich.

Indes ist dies keine Entschuldigung dafür, daß die Chance, ein wachstumsfreundliches Steuersystem einzuführen, vertan wurde. Statt durch hohe Einkommensteuersätze hätte man den Budgetausgleich besser durch eine Kürzung der Staatsausgaben und eine weitere Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes herstellen sollen. Ein Prozentpunkt bei der Mehrwertsteuer bringt 15 Milliarden DM. Setzt man den Satz von jetzt 16 auf 19 % herauf, so hat man genug Einnahmen, um eine radikale Einkommensteuerreform zu finanzieren, und liegt doch noch innerhalb der von der EU vorgegebenen Grenzen.

Es wird manchmal behauptet, die Mehrwertsteuer sei regressiv und daher sozial ungerecht. Diese Behauptung ist irreführend, denn die Steuer belastet alle Bür-

ger gleichermaßen im Umfang ihres Konsums und wirkt wie eine für alle gleiche prozentuale Abgabe ihres Vermögens und ihres Arbeitseinkommens. Sie ist gerade unter sozialen Gesichtspunkten zu empfehlen, weil sie im Gegensatz zu einer Einkommensteuer auch den aus Vermögensauflösungen finanzierten Konsum belastet und insofern die Reichen in besonderem Maße trifft. Zu den Belasteten gehört die heutige Rentnergeneration, der es besser geht, als es je einer Rentnergeneration gegangen ist und wahrscheinlich auch je wieder gehen wird. Wenn man diese Rentnergeneration noch an der Finanzierung der deutschen Vereinigung beteiligen möchte, dann ist eine Umschichtung der Einnahmen des Staates von der Einkommen- auf die Mehrwertsteuer unerlässlich.

Bildungsreform

Bildung schafft Wissen, und Wissen steht für die Qualität der menschlichen Arbeitskraft. Der Erhalt gutbezahlter Arbeitsplätze hängt hiervon in einem stärkeren Maße ab als von irgend einer anderen Einflußgröße. Wenn sich ein international mobiles Unternehmen auf die Suche nach einem Produktionsstandort begibt, so steht das technische Wissen der Facharbeiterschaft und der Einfallsreichtum der verfügbaren Ingenieure ganz oben auf der Rangliste der Bestimmungsgründe für die Entscheidung. Eine gut ausgebildete Kaufmannschaft, ein großes Reservoir an Management-Wissen und ein verlässliches Rechtssystem treten hinzu. Nur wenn alles stimmt, ist man trotz hoher Löhne und Steuern bereit, den Einsatz seines Kapitals zu wagen.

Wissen muß in der Breite erworben werden. Deutschlands gutes Niveau im Bereich der Berufsausbildung sichert dieses Ziel. Wissen muß aber von Eliten geschaffen werden, und genau da hapert es. Wie kaum ein anderes Land hat Deutschland eine verhöhlene Angst vor Eliten. Der Einheitsbrei der Massenuniversitäten bringt keine Eliten mehr hervor, und fast macht sich verdächtig, wer auf ausländischen Privatuniversitäten besondere Qualitäten erwerben möchte. Die Deutschen haben aufgehört, große Leistungen in der Wissenschaft anzustreben. Sie begnügen sich mit dem Mittelmaß.

Um 1900 galt Deutschland als das wissenschaftlich und wirtschaftlich am weitesten entwickelte Land dieser Erde. Ein Drittel der Nobelpreise wurden an deutsche Wissenschaftler vergeben, bahnbrechende technische Errungenschaften eroberten von Deutschland aus die Welt, und von überall her wurden Studenten an die deutschen Universitäten geschickt, um hier die vorderste Front der wissenschaftlichen Forschung zu erfahren. Japan hat sich Deutschland, und nicht etwa England als Vorbild für seine Entwicklung genommen, und wer an den amerikanischen Universitäten Rang und Namen hatte, konnte zumeist auf in Deutschland verbrachte Studiensemester verweisen.

Das alles ist lange vorbei. Ausländische Studenten kommen kaum noch nach Deutschland. Die wissenshungrigen jungen Japaner und Koreaner gehen fast nur noch an die amerikanischen Universitäten, und wenn sich einmal ein ausländischer Student nach Deutschland verirrt, so ist er entweder ein Germanist oder wird von touristischen Motiven getrieben. Auch die Nobelpreise bleiben aus.

Der Forschungsrückstand ist bedrohlich, weil die wissenschaftliche Forschung der Motor des technologischen Fortschritts ist. Zur Zeit des Kaiserreichs hat die deutsche Industrie die Weltmärkte erobert, weil sie mit dem Rückhalt der großen Forschungserfolge der deutschen Universitäten die innovativsten Produkte anbieten konnte. Der unnachahmliche wirtschaftliche Fortschritt, der Deutschland in jener Zeit gelang, ist in allererster Linie auf eine unübersehbare Anzahl großer und kleiner Innovationen zurückzuführen, die von der wissenschaftlichen Forschung angestoßen und von mutigen Praktikern umgesetzt wurden.

Für das Zurückfallen Deutschlands sind neben den Kriegen im wesentlichen zwei Gründe verantwortlich zu machen. Zum einen wird in Deutschland für die Bildung nicht mehr genug Geld ausgegeben. Die Ausweitung der Abiturienten- und Studentenzahlen, die seit den siebziger Jahren erreicht wurde, ging nicht mit einer entsprechenden Ausweitung der für die Ausbildung verfügbaren Mittel einher, was sich in einer Verringerung der Ausbildungsqualität niedergeschla-

gen hat. Ein internationaler Vergleich zeigt das Problem in aller Deutlichkeit. In der Rangordnung der 27 OECD-Länder gehört unser Land, was den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen am Sozialprodukt betrifft, zum letzten Fünftel. Mit einem Anteilswert von 4,5 % teilt es sich mit Spanien den fünftletzten Platz unter den OECD- und den drittletzten Platz unter den EU-Ländern. Es wundert nicht, daß Deutschland hinter den skandinavischen Ländern liegt, die mit Werten von etwa 7 % die Spitzenpositionen einnehmen. Doch sollte es zu denken geben, daß es selbst von den USA, in denen ja ein Großteil der Bildungsausgaben nicht öffentlich, sondern privat finanziert ist, im Hinblick auf den Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Sozialprodukt deutlich übertroffen wird.

Der zweite Grund liegt in der Reformunfähigkeit der deutschen Hochschulen, die immer noch in den alten Strukturen verhaftet sind. Die akademischen Karrieren dauern viel zu lange. Die Studenten bleiben zu lange an den Universitäten, und wer danach eine Wissenschaftlerlaufbahn wählt, wird zu lange in einer abhängigen Position gehalten, von der aus er kaum die Möglichkeit hat, durch seine wissenschaftlichen Arbeiten unmittelbare Berühmtheit zu erlangen.

Die im Hochschulbereich notwendigen Reformmaßnahmen, die geeignet sind, diese Probleme zu überwinden, bestehen aus den folgenden Teilelementen:

Erstens sollten die bislang noch üblichen Endprüfungen durch studienbegleitende Prüfungen ersetzt werden. Der auf diese Weise geschaffene stete Leistungsanreiz führt, wie die bislang vorliegenden Erfahrungen zeigen, tatsächlich zu einer Studienzeitverkürzung bei einer gleichzeitigen Verbesserung des Ausbildungsniveaus. Dies hier in Magdeburg zu sagen, heißt Eulen nach Athen zu tragen, denn man hat die Reform hier ja schon realisiert.

Zweitens sollte neben den Diplom-Abschluß ein vorzeitiger Abschluß auf dem Niveau des angelsächsischen Bachelor of Arts treten. Vielen jener Studenten, die im Laufe ihres Studiums merken, daß sie für eine akademische Laufbahn doch nicht geeignet sind, wird auf diese Weise die Möglichkeit eines ehrenvoll-

len Abgangs geschaffen, ohne die wissenschaftliche Ausbildung ihrer talentierteren Kommilitonen zu belasten.

Drittens sollte das Verhältnis von Lehrpersonen und Studenten auf angelsächsische Werte angehoben werden. Der Qualitätsverlust, der mit der Schaffung der Massenuniversitäten einherging, kann auf diese Weise rückgängig gemacht werden.

Viertens sollte für die besten Studenten nach dem Diplom ein Promotionsstudium nach amerikanischem Muster angeboten werden. Wahrscheinlich ist das Promotionsstudium an den Graduate Schools im Hinblick auf die Forschungserfolge der Hauptvorteil, den das amerikanische Hochschulsystem gegenüber dem deutschen aufweist. Ich vernehme mit Interesse, daß Magdeburg ein solches Promotionsstudium einführen möchte.

Fünftens, und das hören meine Assistenten, die mich bisweilen der Schizophrenie bezeichnen, jetzt sicher besonders gern, sollte die Habilitation in ihrer jetzigen Form aufgegeben werden. Nach der Promotion sollten die qualifizierten Forscher die Möglichkeit erhalten, Assistenzprofessuren auf Zeit zu bekleiden, und sie sollten zu diesem Zweck an eine andere Hochschule wechseln müssen. Nur so kann die universitäre Spitzenforschung wieder international wettbewerbsfähig werden. Um meine Schizophrenie zu erklären, verweise ich aber an dieser Stelle darauf, daß eine einzelne Fakultät einen solchen Schritt nicht alleine vornehmen kann, sondern daß er gleichzeitig von allen vollzogen werden muß. Wer die Habilitation im Alleingang abschafft, verhindert, raubt dem eigenen Nachwuchs die Berufschancen.

Sechstens sollten mäßige Studiengebühren eingeführt werden. Studiengebühren wirken studienzeitverkürzend, schaffen für die Universitäten wettbewerbliche Leistungsanreize und erleichtern die Gründung privater Universitäten, die sich eher für die Herausbildung wirklicher Bildungseliten eignen, wie sie für eine international anerkannte Spitzenforschung erforderlich sind. Wenn neben die Studiengebühren ein Stipendiensystem gesetzt wird, das die Leistung prämiiert, läßt sich eine Diskriminierung ärmerer Studen-

ten, die sonst bei einer Einführung von Studiengebühren zu befürchten wäre, wirksam verhindern.

Schlußbemerkung

Damit bin ich am Schluß meiner Ausführungen angekommen. Der wachsende Konkurrenzdruck, dem Deutschland durch die Globalisierung, die europäische Integration und den Fall des Eisernen Vorhangs ausgesetzt ist, macht die Überwindung des Reformstaus, von dem die Dynamik dieses Landes gebremst wird, besonders dringlich.

Im Zentrum der Reformen muß der Arbeitsmarkt stehen, denn die Massenarbeitslosigkeit ist die größte Gefahr für Deutschlands Zukunft. Vollbeschäftigung kann nur durch eine größere Lohnspreizung erreicht werden, und diese Spreizung ist mit einer Beibehaltung sozialstaatlicher Ziele kompatibel.

Tarifliche Öffnungsklauseln erlauben eine Spreizung zwischen den Betrieben, doch im Gegensatz zu einer häufig geäußerten Vermutung führen sie zu einer Vergrößerung statt zu einer Verkleinerung der Lohnsumme.

Eine finanzierungsneutrale Umstrukturierung der Sozialhilfe von einer Subventionierung der Untätigkeit zu einer Subventionierung der Tätigkeit erzeugt die für Vollbeschäftigung nötige Lohnflexibilität im Bereich der niedrigen Tarifgruppen. Sie erhöht das Gesamteinkommen der unteren Einkommensbezieher und verbessert den Zielerreichungsgrad der Sozialpolitik.

Wenn Lohnsenkungen den Insider-Arbeitnehmern durch Hergabe von Vermögentiteln abgekauft werden und neu Einstellende keine solche Titel erhalten, werden neue Jobs geschaffen. Die Insider-Arbeitnehmer, die Altaktionäre und die neu Beschäftigten profitieren gleichermaßen.

Subsidiär sind auch Reformen der Kapitalmärkte, des Steuersystems und des Bildungssystems nötig.

Der deutsche Risikokapitalmarkt ist unterentwickelt. Es bedarf eines Marktes für Venture Capital,

einer Erleichterung des Börsenzugangs und einer Schaffung von Pensionsfonds, die die betrieblichen Pensionskassen entbehrlich machen. Auch in Deutschland werden dann junge, innovative Unternehmen Chancen haben, in die Weltspitze aufzusteigen.

Die geplante Steuerreform geht in die richtige Richtung, ist aber mickrig angelegt und reicht bei weitem nicht, die massiven Fehlanreize, die im alten System stecken, zu beseitigen. Eine drastische Senkung der Spitzensteuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer, die durch eine Staatsausgabenkürzung und eine Mehrwertsteuererhöhung kompensiert wird, ist zu empfehlen.

Deutschland gibt zu wenig Geld für die Bildung aus und verspielt mit überfüllten und verkrusteten Universitäten seine Zukunft. Eine Straffung der Studiengänge bei gleichzeitiger Verbesserung der Spitzenforschung sowie eine weitgehende Übernahme der US-amerikanischen Hochschullaufbahn verspricht, den dringend notwendigen Anschluß an die Forschungsfront wiederherzustellen.

Das, meine Damen und Herren, ist mein Programm. Es ist das Wahlprogramm einer Partei, die es nicht gibt, und eines Redners, der nicht gewählt werden will, sondern seinen akademischen Dank gegenüber der volkswirtschaftlichen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität zum Ausdruck bringen möchte.